



Wachsamkeit ist gefordert

An den Kampagnen gegen Gewaltbereitschaft und Ausländerfeindlichkeit in Deutschland sollten sich Ärztinnen und Ärzte aktiv beteiligen.

Deutschland ist nicht ausländerfeindlich, da hat Industriepräsident Hans-Olaf Henkel Recht. Aber in Deutschland gibt es inzwischen ein erschreckendes Ausmaß an Gewalt gegen Menschen anderer Hautfarbe, Obdachlose und andere Minderheiten. Diese Gewaltbereitschaft findet sich vor allem unter Rechtsextremisten. Es ist höchste Zeit, dass in diesem Sommer eine breite Diskussion über Gegenmaßnahmen läuft.

Entsprechend ihrer allgemeinen gesellschaftlichen Verantwortung sollte sich die Ärzteschaft daran beteiligen. Auch auf Grund der besonderen ethischen Verpflichtung unseres Berufes muss dies uns Ärztinnen und Ärzten ein Anliegen sein. Denn zu unseren Grundnormen gehören

- die Achtung vor der Würde des Menschen,
- die Achtung vor dem Lebensrecht des Menschen,
- die Achtung des Selbstbestimmungsrechts des Menschen und
- die Pflicht zur Menschlichkeit.

Es entspricht nicht zuletzt der besonderen Verantwortung, welche die deutsche Ärzteschaft angesichts ihrer eigenen Geschichte trägt, sich aktiv gegen Gewalt und Rechtsradikalismus einzusetzen. „In kriminellen Aktionen haben Ärzte im Nationalsozialismus an unmenschlichen Versuchen teilgenommen, ihnen Anvertraute verraten, Beistand und Hilfe versagt ... Eingeschüchtert von der Gewalt des nationalsozialistischen Unrechtsstaates haben auch Ärzte weggesehen oder geschwiegen“, stellte der 99. Deutsche Ärztetag im Jahre 1996 fest. Heute gilt es, den Anfängen zu wehren und die neuen Nazis gesellschaftlich zu ächten. In der Ärztagentschließung heißt es weiter: „Die Ärztinnen und Ärzte, die widerstanden haben, sind unser Vorbild.“

Wir begrüßen deshalb alle Initiativen mit diesem Ziel, zum Beispiel die Aktion „Für Toleranz und Zivilcourage – Gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit“ in Nordrhein-Westfalen oder die auf Bundesebene gegründete Aktion „Gesicht zeigen“, in der auch führende Vertreter des Zentralrats der Juden vertreten sind. Sinn solcher Aktionen ist es, die Ab-

wehr des Rechtsextremismus zur Sache aller Bürger zu machen.

Dabei muss es auch um eine bessere geschichtliche Bildung gehen. Es darf einfach nicht wahr sein, dass zwei Drittel unserer Schüler mit dem Begriff „Holocaust“ nichts anfangen können, wie eine aktuelle Studie herausgefunden hat. Ein solches Unwissen ist eine offene Flanke gegen rechtsextreme Verführer. Dagegen kann die wach gehaltene Erinnerung an Leid und Zerstörung, die Krieg und Diktatur verursacht haben, gegen rechtsextremes Gedankengut immunisieren.

Dass Industriepräsident Henkel mit seiner eingangs zitierten Äußerung Recht hat, zeigt sich auch im Gesundheitswesen. In kaum einem anderen Bereich unserer Gesellschaft arbeiten so viele Menschen unterschiedlicher Nationalität zusammen. Ärztinnen und Ärzte aus allen Teilen der Welt – und auch andere Fachkräfte, zum Beispiel in der Pflege – versorgen zusammen mit ihren deutschen Kolleginnen und Kollegen kranke Menschen unabhängig von ihrer Herkunft. Probleme mit Ausländerfeindlichkeit gibt es unseres Wissens kaum. Vielleicht ist trotzdem künftig noch deutlicher zu machen, dass ohne die Leistung der ausländischen Kolleginnen und Kollegen unser Gesundheitswesen nicht auf dem derzeitigen Qualitätsniveau arbeiten könnte.

Trotz der vielen positiven Beispiele für ein gutes Zusammenleben und -arbeiten mit Menschen ausländischer Herkunft in Deutschland dürfen die Probleme, die jetzt zu Recht ein großes Thema sind, auf keinen Fall beschönigt werden. Wir rufen die Ärztinnen und Ärzte in Nordrhein dazu auf, ihren Beitrag zu leisten und wachsam zu sein bei jedem Anzeichen von Gewaltbereitschaft und Rechtsextremismus im Berufsleben wie auch privat.

*Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe
Präsident der Bundesärztekammer
und der Ärztekammer Nordrhein*

*Dr. Arnold Schüller
Vizepräsident der
Ärztekammer Nordrhein*